

Vorlage Nr. IV/17/2012
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Überprüfung des Straßenverzeichnisses der Stadt Bremerhaven im Hinblick auf etwaige Namensgeber aus der Zeit des Nationalsozialismus

A Problem

Seit Beginn dieses Jahres wird – im Anschluss an eine Diskussion um das Bürgermeister-Smidt-Denkmal und um die historische Bewertung Smidts im Lichte seiner Haltung gegenüber jüdischen Bürgern – in den örtlichen Medien eine öffentliche Debatte darüber geführt, inwieweit in Bremerhaven Straßen nach Personen benannt sind, die eng mit dem Nationalsozialismus verwoben waren und die sich insbesondere durch rassistische und antijüdische Äußerungen exponiert haben. Auslöser war der Hinweis einer Leserin der Nordsee-Zeitung, die auf den völkisch-antisemitischen Hintergrund des durch seine Aktivitäten in der NS-Zeit diskreditierten Schriftstellers Gustav Frenssen aufmerksam machte, dem seit 1925 eine Straße in Bremerhaven-Lehe gewidmet ist.

In der von zahlreichen Leserbriefen begleiteten Debatte haben sich sowohl die Nordsee-Zeitung als verschiedene Personen aus dem politischen Raum für eine systematische Überprüfung des Straßenverzeichnisses der Stadt Bremerhaven im Hinblick auf solche Namensgeber ausgesprochen. Für eine solche Überprüfung besteht akuter Handlungsbedarf.

Da es sich um einen Fall von großer gesellschaftlicher und politischer Relevanz handelt, der neben verwaltungsorganisatorischen auch historische Dimensionen berührt, bedarf es zu seiner Lösung einschlägigen Sachverständigen aus verschiedenen Bereichen. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 29.02.2012 daher zunächst beschlossen, das Dezernat IV zu bitten, zur Frage der Überprüfung des Straßenverzeichnisses eine Stellungnahme des Stadtarchivs einzuholen. Diese liegt inzwischen vor und ist als Anlage beigefügt.

B Lösung

Die Überprüfung des Straßenverzeichnisses erfordert fundierten historischen Sachverstand und setzt umfangreiche Recherchen weit über den räumlichen Rahmen Bremerhavens voraus. Erforderlich sind zudem die vorherige Erarbeitung eines stichhaltigen Kriterienkatalogs sowie eines aus diesem hervorgehenden Prüfungs- und Rechercheauftrags.

Das Stadtarchiv schlägt demgemäß ein dreistufiges Verfahren vor: Zunächst sollte ein aus anerkannten Fachleuten und Historikern zusammengesetztes Expertengremium Beurteilungskriterien entwickeln, danach einen konkreten Forschungsauftrag benennen und auf dessen Grundlage eine Bewertung der in Frage stehenden Fälle vornehmen, bevor es eine Empfehlung für den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ausspricht.

Das Expertengremium ist organisatorisch an das für Straßenbenennungen zuständige Amt des Magistrats, das Vermessungs- und Katasteramt, anzubinden; die Auswahl der Mitglieder sollte in Abstimmung mit dem Stadtarchiv erfolgen.

C Alternativen

Keine der Materie angemessenen.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Für den Fall, dass Kosten (z.B. Reisekosten für auswärtige Experten) anfallen, werden diese aus zentral veranschlagten Personalausgaben (Kapitel 6990) übernommen.

Keine Genderrelevanz.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Für eine Veröffentlichung geeignet. / Die Vorlage ist nach dem BremIFG zu veröffentlichen.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat nimmt die Ausarbeitung des Stadtarchivs zur Überprüfung des Straßenverzeichnisses der Stadt Bremerhaven im Hinblick auf etwaige Namensgeber aus der Zeit des Nationalsozialismus zur Kenntnis.

Der Magistrat spricht sich dafür aus, in einem ersten Schritt von einem aus anerkannten Fachleuten und Historikern zusammengesetzten Expertengremium Beurteilungskriterien entwickeln zu lassen, anhand derer eine Überprüfung des Straßenverzeichnisses ermöglicht wird. Das Vermessungs- und Katasteramt wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Stadtarchiv die organisatorischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen und die Auswahl der Mitglieder vorzunehmen.

Nach Vorliegen der Beurteilungskriterien ist der Magistrat erneut mit einer Vorlage hinsichtlich der weiteren Schritte zu befassen.

Grantz
Oberbürgermeister

Dr. Paulenz
Stadtrat

Stellungnahme zur Überprüfung des Straßenverzeichnisses